

TOP:

Fraktion DIE LINKE

Lfd.Nr. 260/2013 KT 1.
Ergänzung

Antrag zur Kreistagsitzung

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER zum Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend " Kein Stellenabbau am UKGM - Personalmindeststandards festlegen - UKGM in öffentliche Hand überführen"

Beschluss:

Der Kreistag bekennt sich erneut mit Nachdruck zu der Notwendigkeit eines leistungsfähigen Universitätsklinikums in Marburg. Nachdem der Rhön-Konzern durch den Verkauf von 43 Kliniken einen grundlegend veränderten Zuschnitt erhält, erwartet der Kreistag, dass der Vorstand der „neuen Rhön“ ein konkretes Konzept für die Zukunft des Universitätsklinikums in dem Konzern vorlegt. Der Kreistag fordert die Rhön-Klinikum AG auf, in dem Konzept Vorschläge für die Stärkung der Zusammenarbeit von Krankenversorgung auf der einen Seite und Forschung und Lehre auf der anderen Seite aufzuzeigen und ihre Renditeerwartungen an die Besonderheiten eines Universitätsklinikums anzupassen.

Der Kreistag hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach in hohem Maße besorgt über die Personalentwicklung am Uniklinikum Gießen-Marburg gezeigt und festgestellt, dass dies nicht nur ein Verlust von Arbeitsplätzen in der Region bedeuten, sondern auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes und der Qualität der stationären Versorgung führen kann und das Klinikum nicht weniger, sondern mehr Personal braucht, vor allem in der Pflege und im ärztlichen Bereich. Deshalb soll weiterhin geprüft werden, ob und wie eine personelle Mindestausstattung an den Kliniken gesetzlich vorgesehen werden kann, um eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Der Kreistag begrüsst die Pläne zur Einrichtung einer Palliativstation.

Der Kreistag fordert die Rhön-Klinikum AG auf, die durch den Verkauf von Teilen des Konzerns an Fresenius erhaltenen Finanzmittel in den Standort Marburg zu investieren. Das gilt sowohl für den investiven Bereich als auch den Personalschlüssel. Vor allem soll sie ihrer vertraglichen Verpflichtung zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage für die Partikeltherapie nachzukommen. Darüber hinaus sollten die Verkaufserlöse genutzt werden, um die Schuldenlast der UKGM GmbH abzubauen.

Begründung:

erfolgt mündlich

gez. Waßmuth

gez. Laaz

gez. Reitz

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion Freie Wähler